

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

8.2.1913 (No. 38)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 38

Samstag, den 8. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition: Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P, durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P. Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Entscheidung vom 22. Januar 1913 gnädigst geruht, dem Oberregierungsrat Heinrich Brand bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen die Amtsstelle eines Stolllegialmitglieds bei der Oberrechnungskammer unter Verleihung des Titels Geheimer Finanzrat zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Entscheidung vom 30. Januar 1913 gnädigst geruht, dem Oberrevisor Ferdinand Demme bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen die Stelle eines Rechnungsbeamten bei der Oberrechnungskammer zu übertragen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 18. Januar 1913 wurde Eisenbahnsekretär Friedrich Verberich in Mannheim nach Offenburg versetzt.

Gestorben:

am 19. Januar d. J.: Braun, Georg, katholischer Pfarrer in Ziggeringen.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 2. Klasse der 2. Preussisch-Süddeutschen (228. Königlich Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 14. und 15. Februar 1913 stattfinden.

Die Lose dieser Lotterie werden von den zuständigen Großh. Badischen Lotteriereinnehmern ausgegeben.

Karlsruhe, den 5. Februar 1913.

Großh. Landeshauptkasse.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 7. Februar.

Die Balkankrise.

Die Gesandten einiger Großmächte schritten beim bulgarischen Ministerpräsidenten Geshow wegen des Verlangens der Konjulin in Adrianopel ein, daß eine neutrale Zone errichtet oder daß den fremden Kolonien Ermächtigung gegeben wird, die Stadt zu verlassen. Der Ministerpräsident antwortete, daß es keine Präzedenzfälle dafür gebe, daß den Konjulin oder anderen Personen gestattet wäre, eine belagerte Stadt zu verlassen, und daß ernste Gründe das bulgarische Generalquartier verhin- dern, den Konjulin und fremden Kolonien in Adrianopel den Auszug zu gestatten oder eine neutrale Zone zu errichten, da niemand dafür bürgen könne, daß nicht eine Granate versehentlich in diese Zone fällt, was dem Militär große Schwierigkeiten bereiten würde.

Der türkische Finanzminister veröffentlicht etwa folgendes Communiqué: Um den außerordentlichen Kriegsausgaben gerecht zu werden, wendet sich die Regierung an die Hilfe aller Osmanen. Sie hat als wirksames Mittel die Emission einer inneren Anleihe beschlossen. Zu diesem Behufe wird die Regierung unverzüglich Schatzscheine in Höhe von 5 1/2 Millionen Pfund ausgeben, die durch die 5prozentige Immobiliensteuer garantiert werden. Die Scheine werden in Werten zu 1 Pfund Sterling oder 1 türkischen Pfund zu 10 1/2 Prozent ausgegeben.

Zur Kriegslage wird gedruckt:

Konstantinopel, 6. Febr. Amtlich wird über die Kämpfe am 4. d. M. gemeldet: Der Feind, der mit einem Teil seiner Streitkräfte im Gelände von Gallipoli steht, hatte mehrere Regimenter von Kadiföj gegen Kawak, wo eine türkische Abteilung stand, vorgeschoben. Es kam zu einem Kampfe, der bis zum Abend dauerte und zu unsern Gunsten endete. Beim Eintritt der Nacht zogen sich unsere Truppen gemäß einem vorhergegebenen Befehle auf Vulair zurück, zum großen Teil ohne, daß sie der Feind verfolgen konnte. Eine andere feindliche Abteilung rückte gegen Myriophito am Marmarameer vor und besetzte den Ort, der nur von einigen Gendarmen besetzt war. Die Korvette „Chahab“ fügte den in der Richtung auf Charföj weichenden feindlichen Streitkräften ernste

Verluste zu. Der Feind konnte über Kamilo hinaus nicht vorrücken.

Sofia, 7. Febr. Die Bulgaren haben sich auf die Linie von Tscherköj zurückgezogen.

Konstantinopel, 7. Febr. Man glaubt, daß der Rückzug der Bulgaren auf Tscherköj den Zweck hat, der mit der geplanten Landung türkischer Truppen in Rodosto beabsichtigten Flankenumgehung zu entgehen. Die Landung, die angeblich auf Enver Bey zurückzuführen ist, wird durch zwei aus den Dardanellen herangezogene Linienfahrer gedeckt werden.

Reichstag.

* Berlin, 6. Februar.

Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 17 Min. Die Beratung des Etats des Innern wird fortgesetzt. Die Debatte beginnt mit der Fortsetzung des Kapitels „Aufsichtsamts für Privatversicherung“ Abg. Wiesberts (Ztr.); Wenn wir fordern, daß die Abonnementversicherung verboten werde, so verlangen wir kein Ausnahmegesetz. Wir wollen nur die Presse befreien von einer unnötigen Belastung, die sie in ihrer Tätigkeit und Entwicklung hindert.

Abg. Kaubadel (Soz.) spricht sich ebenfalls gegen die Abonnementversicherung aus.

Abg. Jund (Natl.) erklärt, daß seine Ausführungen rein objektiv waren.

Abg. Werner-Hersfeld (Reformpt.) betont, daß die nationalliberale Presse einen anderen Standpunkt einnehme, als der Abg. Jund.

Abg. Trimbom (Ztr.) bemerkt, trotz der Erklärung des preussischen Handelsministers, wonach die Anerkennung der Erbschaften für die Privatbeamtenversicherung vor der Inkraftsetzung des Gesetzes entschieden werden solle, sei immer noch nicht auf die Besuche des Mandeburger Privatbeamtenvereins und der Rheinisch-Westfälischen Boden-Kredit-Bank eine Antwort erfolgt. Er möchte die Zulassung namentlich des Privatbeamtenvereins empfehlen.

Ministerialdirektor Dr. Casper sagt wohlwollende Bemerkungen über die vorgebrachten Einwände zu.

Abg. Giebel (Soz.). Das so junge Gesetz hat schon Klar gezeigt, daß es dringend nötig ist, eine einschneidende Reform der Privatbeamtenversicherung vorzunehmen.

Abg. Graf Westarp (Konf.) erklärt, es bestehe tatsächlich eine erhebliche Rechtsunsicherheit über die Versicherungspflicht. Deshalb bitte er um möglichste Beschleunigung der Entscheidung über die Zulässigkeit der Erbschaften.

Ministerialdirektor Dr. Casper bemerkt, die Reichsversicherungsanstalt habe die Einrichtung getroffen, daß die in Aussicht genommenen Zusatzkassen diese Beiträge erst nach der Prüfung zu bezahlen haben. Von der Firma Krupp sei nur der Antrag gestellt worden, dieser Pensionskasse den Charakter einer Versicherung zu geben. Deshalb gelten auch alle die Versicherungen, die vor Anfang Dezember 1912 abgeschlossen sind. Alle später in den Betrieb eingetretenen Personen konnten also nicht aufgenommen werden.

Abg. Jrl (Ztr.) wünscht, daß von Zeit zu Zeit eine Denkschrift vorgelegt werde, auf welche Weise die Belüftung der Versicherung angelegt werden.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Giebel (Soz.) wird das Kapitel bewilligt. Damit ist das Ordinarium des Etats des Innern erledigt.

Es folgen einmalige Ausgaben. Eine Reihe von Titeln wird ohne Debatte erledigt. Beim Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im deutschen Reich“ (60 000 M.) beantragen die Sozialdemokraten die Gründung einer Reichsanstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit. Die Wirtschaftliche Vereinigung beantragt, die Einstellung größerer Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und zur Förderung des Schammensweßens. Der Titel wird bewilligt, die sozialdemokratische Resolution abgelehnt und die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Der Titel „Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose“ (100 000 M.) wird mit einer Resolution Westarp (Konf.), die die Erhöhung dieser Summe auf 150 000 M. fordert, bewilligt, ebenso der Titel „Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt“. Der Rest des ordentlichen Etats wird bewilligt. Es folgt der außerordentliche Etat. Zu dem Titel „Förderung zur Herstellung von Kleinwohnungen liegt eine Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung, sowie eine von der Budgetkommission vor, welche letztere von dem Berichterstatter Graf v. Westarp eingehend begründet wird.

Abg. Gähre (Soz.) verlangt, daß zum mindesten ein Landeswohnungs-gesetz durch das preussische Gesetz geschaffen wird. Das Erbbaurecht müßte zugunsten des Kleinwohnungsweßens ausgebaut werden.

Graf v. Posadowsky (Natl.) erwidert, daß noch ein Reichswohnungs-gesetz kommt. Den Minderbemittelten müßte es ermöglicht werden auf Grund ihrer Arbeitskraft allein Grund und Boden zu erwerben. Eine großherzige Wohnungsreform sei wirksamer als Ausnahmegesetze. Nach kurzen Ausführungen des Abg. Westarp (Konf.) wurde die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr verlagert, außerdem Zuspielat. Schluß 4 7 Uhr.

Berlin, 6. Febr. Der Seniorenkonvent des Reichstages trat heute gegen Schluß der Plenarsitzung zu einer kurzen Besprechung zusammen. Für nächsten Mittwoch wurde die Abhaltung eines Schwerinstages in Aussicht genommen. An diesem Tage soll der Wahlrechtsantrag der Sozialdemokratie zur Beratung kommen. Da angenommen wird, daß an einem Tage die Debatte darüber nicht beendet wird, wird hierfür ein zweiter Schwerinstag am darauffolgenden Mittwoch anberaumt. Weitere acht Tage später soll der Jesuitenantrag desentrums auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Berlin, 6. Febr. Die Kommission des Reichstages zur Beratung der Abänderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches betr. die Konkurrenzklausel nahm folgenden nationalliberalen und fortschrittlichen Antrag an: Die Vereinbarung zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen, welche die Handlungsgehilfen für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Wettbewerbsverbot), bedarf der Schriftform und der Ausfertigung einer vom Prinzipal unterzeichneten, die vereinbarten Bestimmungen enthaltenden Urkunde an die Handlungsgehilfen.

Berlin, 5. Febr. (Petitionskommission des Reichstages.) Die Abstimmung über die Petition betreffend den Parfifalschutz ergab nur zwei Stimmen für Überweisung zur Berücksichtigung und dann nur 5 Stimmen für Überweisung zur Erwägung, so daß ohne weitere Abstimmung die Mehrheit für den Übergang zur Tagesordnung festgestellt wurde.

Politische Übersicht.

Zur Königsberger Kaiserrede.

* Über die Königsberger Rede des Kaisers schreibt der „Tempo“ u. a.: Die Reden Kaiser Wilhelms haben einen besonderen Charakter. Es kommt in ihnen immer eine Persönlichkeit zum Ausdruck, deren Kraft durch die Jahre nicht abgeschwächt wurde. Er steht immer in unmittelbarem Zusammenhang mit den Dingen und die Gedanken, welche ein offizielles Fest in ihm wachrufen, sind stets von einem eigenartigen Zuge befeelt. Es war nur natürlich, daß der Kaiser, da er in der Hauptstadt Ostpreußens sprach, an die große Malle erinnerte, welche dieser in der Befreiung Preußens gespielt hat. Das war in der Tat ein großer Augenblick in der preussischen Geschichte, als sich der nationale Widerstand gegen die brutale Politik Napoleons erhob. Frankreich hat die Fehler Napoleons teuer bezahlt. Aber man kann einem Volke, welches sich aus der Niederlage emporgerafft und seinen Willen zur Wiedergeburt bekräftigt hat, seine Bewunderung nicht verjagen. Die Schlussfolgerungen, die Kaiser Wilhelm aus den von ihm wachgerufenen Ergebnissen gezogen hat, dürften sich alle Völker vor Augen halten. Niemals war das Wort, daß der militärische Erfolg allein nicht genüge, und daß alles von der moralischen Kraft abhängt, wahrer, als in unserer Zeit. In diesem Sinne hat Kaiser Wilhelm sein Volk aufgefordert, mit frohem Herzen die Lasten eines neuen Militärgesetzes zu tragen. Deherzigen wir diese Worte, sie enthalten eine Lehre, für deren Verständnis Frankreich glücklicherweise seit einigen Monaten empfänglich ist. Kaiser Wilhelm hat nicht nur für seine Untertanen gesprochen, er verdient auch jenseits der Grenze gehört zu werden.

Die „Patrie“ schreibt: Wilhelm II hat daran erinnert, daß das preussische Volk vor hundert Jahren nur deswegen seine Unabhängigkeit wiedergewinnen konnte, weil es den obligatorischen Militärdienst willig annahm. Nur dank diesem Opfermut können die Bürger in Friedenszeit ruhig ihren Geschäften nachgehen und für das Glück ihrer Familie sorgen. Daraus können unsere Herren des Blocks sehen, daß man unsere Kriegsmänner nicht leichtfertig von ihrer Pflicht ablenken darf, wenn sie sich ernstlich um die Nationalverteidigung kümmern.

Zur Entsendung des Prinzen Eitel Friedrich nach Bukarest.

* Der Bukarester „Moniteur“ veröffentlicht die beiden Trinkprüche, die bei dem Diner zu Ehren des Prinzen Eitel Friedrich gewechselt wurden. Der Trinkpruch des Königs lautete: Mit großer Freude begrüße ich die Anwesenheit Eurer Königlichen Hoheit in unserer Mitte und ich danke dem Kaiser aufs wärmste dafür, daß er meinem lieben Patensohn den Auftrag gegeben hat, ihn bei der Taufe des jüngsten Sprossen meines Hauses zu vertreten. Ich sehe in der warmen Aufmerksamkeit einen neuen Beweis für die guten Gefühle der Verwandtschaft und Freundschaft, die mir so teuer ist und die Se. Majestät mir bei jeder Gelegenheit in so reichem Maße erwiesen hat. Indem ich Sie bitte, den Kaiser meiner

freien Anhänglichkeit zu versichern und Ihren erlauchten Eltern die herzlichsten Wünsche für ihr Glück und ihre teure Gesundheit zum Ausdruck zu bringen, erbehe ich mein Glas auf das Wohl des Kaisers und der Kaiserin sowie auf das Wohl Eurer königlichen Hoheit und Ihrer Gemahlin, Surra!

Nachdem die Musik die deutsche Hymne gespielt hatte, erhob sich Prinz Eitel Friedrich zu folgender Antwort: Ich danke von ganzem Herzen für die gnädigen Worte und den herzlichen Empfang, den Ew. Majestät und Ihre Majestät die Königin mir in der schönen Hauptstadt bereitet haben. Es wird mir ein besonderes Vergnügen sein, das alles meinem Vater zu berichten. Möge Ew. Majestät gewiß sein, daß die herzlichsten Gefühle, mit denen ich überall im Lande empfangen wurde, ein Echo finden werden, nicht nur beim Kaiser, sondern im ganzen deutschen Vaterlande. Als Patenkind Ew. Majestät bin ich Ihnen besonders dankbar, daß ich an diesem schönen Familienfeste teilnehmen durfte. Möge der allmächtige Gott Ew. Majestät und der königlichen Familie ein langes Leben schenken, Sie beschützen und Sie noch viele Jahre zum Wohle des schönen Rumäniens, dessen kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unter der Regierung Ew. Majestät Europa mit Bewunderung erfüllt, leben lassen. Ich bitte Sie, sich mit mir zu vereinen und die Gläser zu erheben auf das Wohl der erlauchten Souveränin des Landes, auf das Wohl der allgeliebten Königin und auf das Wohl der ganzen königlichen Familie samt dem jüngsten Sprossen. Es lebe König Carol, Surra! Die Musik spielte die rumänische Hymne.

Budapest, 6. Febr. Der Unglücksfall, der dem Eisenbahnzuge des Prinzen in Ungarn zugefallen ist, hat in Rumänien lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Die Blätter rühmen das Verhalten des Prinzen und seine Teilnahme am Rettungswerk. Wie nachträglich bekannt wird, überbrachte Prinz Eitel Friedrich dem König den Stern der Großkomture des Hausordens von Hohenzollern mit einem Handschreiben des Kaisers.

Ein Bündnisangebot des Zentrums an die Sozialdemokratie??

In der „Köln. Volkszeitung“ wird nochmals die Mitteilung über ein solches Bündnisangebot dementiert und im Namen des Zentrumsabgeordneten Müller-Fulda erklärt, daß er mit keinem sozialdemokratischen Abgeordneten irgend ein Wort über Bündnisangebot oder Sondierung oder Wahlabmachung oder etwas ähnliches gewechselt habe, und daß die ganze Nachricht, soweit sie eine Person hineingezogen sei, auf freier Erfindung beruhe. Daraufhin antwortet jetzt die „Mannheimer Volksstimme“ in ihrer heutigen Nummer:

„Ein hervorragendes Mitglied der Zentrumsfraktion hat bei Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion eine Fühlungnahme versucht, um zu erfahren, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu der Behauptung und im Falle einer Reichstagsauflösung während des Wahlkampfes zu stellen gedenke und ob eventuell eine Stimmung für ein gemeinsames Vorgehen vorhanden sei. Die Unterhaltung trug einen vertraulichen Charakter, und darum möchten wir nicht aus Eigenem den Namen des betreffenden Zentrumsabgeordneten, der als Unterhändler fungierte, direkt nennen oder indirekt erkennen lassen. Der Name ist auch nicht das Wesentliche an der Sache; die Tatsache selbst aber wird kein Dementi umfärben können. Immerhin wäre es gut, wenn Herr Müller-Fulda nicht zu heftig dementieren ließe.“

Änderung des Grundgesetzes und des Wahlrechts in Schwarzburg-Rudolstadt.

Dem Landtage des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt ist ein Ministerialdekret zum Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Grundgesetzes vom 21. März 1854, zugegangen. In einem Geleitwort führt das Ministerium den „Leipz. N. N.“ zufolge aus, daß die Fürstl. Staatsregierung durchaus konstitutionelle Anschauungen vertritt und aufs angelegentlichste wünscht, daß diese im Grundgesetze klar zum Ausdruck kommen, selbstverständlich unbeschadet der Rechte des Fürsten. In diesem Bestreben nach vollständiger Durchführung der konstitutionellen Staatsform scheut sie auch nicht davor zurück, dem Landtage weitere Rechte einzuräumen, als dies im Grundgesetz vom Jahre 1854 geschehen ist. In letzterer Hinsicht ist besonders hervorzuheben, daß nach dem Grundgesetze die Staatsregierung mit aller Sorgfalt auf Einhaltung des Ausgabe-Etats Bedacht nehmen muß und für eine etwaige Überschreitung des Gesamt-Etats verantwortlich ist. In bezug auf die Verwendung der Überschüsse des Etats ist dem Landtage eine Konkurrenz nicht eingeräumt. Dies muß als ein Mangel in der konstitutionellen Staatsreform anerkannt werden. Deshalb ist die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen, daß über Einnahmeüberschüsse die Regierung nur mit Zustimmung des Landtages verfügen kann. Von besonderer Bedeutung ist der neue Wahlgesetzentwurf. Die Regierung erkennt an, daß es zum mindesten dringend erwünscht ist, die verschiedenen Berufsinteressen des Landes, insonderheit den leider vielfach zu gering bewerteten Mittelstand, im Landtage genügend vertreten zu sehen. Da die jetzt geltenden Bestimmungen über die Zusammensetzung des Landtages nicht geeignet sind, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, so ersuche es geboten, auf den Erlaß von Vorschriften Bedacht zu nehmen, welche die Gewähr dafür bieten, daß eine solche Vertretung im Landtage stets vorhanden ist. Nach der Regierungsvorlage soll der Landtag künftig aus 24 (bisher 16) Abgeordneten bestehen, und zwar 1. aus 5 Vertretern von Berufsständen, nämlich aus je einem Vertreter a) der Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen und Volksschullehrer, b) des Handels und der Industrie, c) der Landwirtschaft, d) des Handwerks, e) der Arbeiterschaft;

2. aus einem Vertreter der Steuerzahler mit höheren Einkommen; 3. aus 5 Vertretern der Gemeinden; 4. aus einem Rechtskundigen; 5. aus 12 Abgeordneten, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Der Vertreter der Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen und Volksschullehrer wird aus deren Mitte vom Fürsten ernannt. Die berufständischen Vertreter werden von den gesetzlich eingerichteten Berufskörperschaften gewählt. Der Vertreter der Steuerzahler mit höheren Einkommen wird von den physischen Personen gewählt, die jährlich mindestens 300 Mark Einkommensteuer an den Staat entrichten. Der Vertreter der Stadt Rudolstadt wird vom Stadtrate daselbst aus dem Kreise der zu Mitgliedern des Stadtrats wählbaren Personen gewählt. Das rechtskundige Mitglied des Landtags wird aus dem Kreise der zum Richteramt befähigten Personen des Fürstentums vom Fürsten ernannt. Die aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten werden in direkter Wahl mit geheimer Abstimmung gewählt. Wer am Tage des Abschlusses der Wählerlisten das 50. Jahr vollendet hat, führt bei der Wahl eine Zusatzstimme (Altersstimme). Über die Ordnung des Staatshaushalts enthält die Vorlage besondere Bestimmungen, darunter die, daß der Landtag seine Genehmigung und die Deckungsmittel zu Ausgaben, die auf bundes- oder landesverfassungsmäßigen, sowie auf privatrechtlichen Verbindlichkeiten des Staates beruhen, nicht verweigern darf. Das neue Gesetz soll mit der ersten nach seiner Verkündung stattfindenden Neuwahl des Landtages in Kraft treten.

Aus Heer und Marine.

Der Strahburger Aschermittwochs-Alarm hat, so behauptet die Tatsache der Freführung der Militärbehörden durch einen gewissenlosen und unzurechnungsfähigen Fälscher ist, auch eine gute Seite gehabt; zeigte er doch, mit welcher tadellosen Präzision unser Heeresapparat auch in gänzlich unvorhergesehenen Fällen arbeitet. Die „Strahburger Post“ schreibt darüber:

„So komisch der gestrige falsche Alarm des hiesigen Standortes anmutet, so hat er doch ein Beispiel davon gegeben, in wie kurzer Zeit man eine Truppenmasse aller Waffen von etwa 15 000 Köpfen (nicht 60 000, wie der „Matin“ meldete), aus ihrer gewohnten alltäglichen Tätigkeit herausreißen und sie zu einem bestimmten Zweck vollständig ausgerüstet bereitstellen kann. Freilich geschieht dies unter kriegsmäßigen Verhältnissen nicht durch den gestrigen Alarm, oder, wie die Felddienstordnung sich ausdrückt, durch Alarm durch Spiel, sondern vielmehr wird die Truppe im Feld durch stillen Alarm „von Mann zu Mann“ auf die Antritts- und Sammelplätze gerufen. Als in der gestrigen Mittagsstunde bei den Regimentern des hiesigen Standortes der Alarmbefehl eintraf, waren deren Kompanien teils noch mit den morgendlichen Übungen auf den Kasernenhöfen und -plätzen, teils mit der Ausgabe oder Einnahme des Mittagessens beschäftigt. Wenige Minuten später waren die Plätze wie leergefegt, die Menagenische und deren Essensausgaberräume verödet. Da Feldgran befohlen war, begann auf den Bekleidungskammern eine emsige Tätigkeit. Die Kriegsgarnitur wurde von dort heruntergeholt und in den Kompaniebereichen auf riesigen Zeltbahnen ausgebreitet. Während Offiziere und Einjährige zur Verbollständigung ihres Anzuges rasch nach Hause eilten, wurden die Mannschaften in den Kasernen schnellstens eingeleidet.“ Interessant sind auch die nachstehenden, von dem gleichen Blatte mitgeteilten Einzelheiten: „Am besten fanden sich mit dem plötzlichen Alarm die Kompanien des zum 21. Armeekorps gehörigen, vorläufig hier untergebrachten Infanterie-Regiments 174 ab, die zufällig noch auf dem Polygon übten, und nun dort verbleibend — allerdings noch in den alten Uniformen sofort in die durch die hiesigen Garnisonsbestimmungen vorgeschriebene Trefenaufstellung einrückten. Sehr hart dagegen traf die Alarmnachricht die vielen schon an sich recht geplagten Fortkompanien. Sie übten zum großen Teil in einem noch entfernteren Gelände, und mußten nun, auf jede Mahlung verzichtend, sofort in langen, kilometerfressenden Märschen auf den Polygon rücken. Wenn sie auch wenigstens größtenteils noch unterwegs den Gegenbefehl übermittelt erhielten, so dürften viele dieser Fortkompanien doch erst in den späten Abendstunden ihre Unterfuntsstätten wieder erreicht haben. Wenn der gestrige Alarm auch die rasche Bereitschaft unseres Standortes glänzend erwiesen hat, so wirkte er doch auch auf die älteren Berufssoldaten, Offiziere und Unteroffiziere, durchaus überraschend. Seit 12 bis 15 Jahren ist die Strahburger Garnison nicht mehr alarmiert worden und auch daran, daß es sich um eine gewaltsame Vertreibung der Festnachtsstimmung nach der seinerzeit vom Grafen Haeseler beliebigen Art handle, vermochte niemand zu glauben. — Am bedauerlichsten ist, daß der falsche Alarm reichliche Ursache zu Mobilmachungs- und Kriegsgerüchten bei der Einwohnerschaft gegeben hat und begreifliche Aufregung zur Folge hatte. In einem solchen Falle — darauf sei für etwa kommende Ereignisse solcher Art hingewiesen —, wird freilich nicht durch Spiel, sondern still alarmiert, auch verbleiben die Truppen in den Kasernen, vollends aber die Fortkompanien auf den Forts. Vollzieht sich eine Alarmierungsmaßregel so geräuschvoll wie die heutige, so kann sie schließlich nur Friedenszwecken dienen.“

Der Kaiser ist am Donnerstag um 4 Uhr im Sonderzuge in Rosen eingetroffen. Er trug die Uniform der Königsjäger! Auf dem Bahnhofe waren anwesend der

Eisenbahnpräsident Schulze-Nickel und Polizeipräsident von dem Knefbeck. Der Kaiser fuhr sofort in dem bereit stehenden Automobil nach dem Schloß. Dort besichtigte der Kaiser eingehend unter Führung des Professors Otten-Berlin, des Schöpfers der Elisabethememorate auf der Wartburg, die von ihm hergestellte wunderbare Mosaikschmückung der Kapelle. Den Tee nahm der Kaiser im Remter des Schlosses im kleinen Kreise ein. Zugegen waren u. a.: der Oberpräsident Dr. Schwartzkopff, der kommandierende General von Stranz, sowie Schloßhauptmann Graf Gutten-Gezastin. Nach dem Tee fuhr der Kaiser im Automobil, vom Publikum lebhaft begrüßt, zum Hauptbahnhofe, wo er im Kaiserpavillon von den dorthin befohlenen Herren. Major von Rosen-berg, Lipinsky und Schloßhauptmann Graf Gutten-Gezastin erwartet wurde. Der Kaiser fuhr um 6.15 Uhr im Sonderzuge nach Berlin ab, wo er abends 10 Uhr eintraf.

Der Bundesrat faßte über verschiedene Vorlagen betr. Festsetzung des jährlichen Durchschnittsertrags an Zuwachsteuer an entschädigungsberechtigte Gemeinden Beschluß und nahm die Vorlagen betr. die Vergütung der Brauntweinsteuer-Verwaltungskosten und betr. den Entwurf einer Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Allgesez an.

Das Königlich Preussische Landesökonomikollégium trat am Donnerstag im preussischen Herrenhause anläßlich der Jahrsunterfeier zu einer Festigung zusammen, der unter anderem auch der preussische Landwirtschaftsminister Herr von Schorlemer beiwohnte. Der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung, gedachte der Erhebung Preußens vor hundert Jahren und betonte besonders, daß unter den preussischen Herrschern die Landwirtschaft stets gefördert worden sei. Vor allem aber unter der Regierung des jetzigen Kaisers. Freiherr von Schorlemer sagte nach Worten des Dankes für die herzliche Begrüßung, daß die preussische Landwirtschaft es von jeher als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet habe, das Volk reichlich mit Getreide und Fleisch zu versorgen, daß aber leider die Dürre des Jahres 1911 noch nicht ganz überwunden sei. Der Minister teilte sodann mit, daß nach der letzten Viehzählung im Jahre 1912 ein Manko an Schweinen von 1 1/4 Millionen gegenüber dem Vorjahre bestehe. Der Minister betonte hierauf, daß, so lange er an der Spitze der preussischen landwirtschaftlichen Verwaltung stehe, er dafür sorgen werde, daß die Landwirtschaft geschützt und gefördert und daß an der bewährten Wirtschaft- und Schutzpolitik festgehalten werde. Der Präsident des königlich statistischen Landesamts sprach sodann über natürliche und historische Grundlagen der Landwirtschaft sowie deren Einfluß auf ihre Entwicklung.

Die Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg am Donnerstag brachten den einzelnen Parteien etwa den gleichen Besitzstand wie früher. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden in den 3. Abteilungen durchweg Sozialdemokraten gewählt mit Ausnahme des 7. ländlichen Wahlbezirks, wo der Kandidat des Bundes der Landwirte siegte. Die Resultate aus dem 3. und 4. ländlichen Wahlbezirk stehen noch aus.

Das Luftschiff L Z 15 (Erlaß Z 1) ist nunmehr nach mehreren wohlgelungenen Versuchsfahrten in den Besitz des Reiches übergegangen.

Pfarrer Jatho schwer erkrankt. Pfarrer Jatho, der vom Spruchkollégium abgesetzte Kölner Pfarrer, liegt schwer krank an Blutvergiftung darnieder. Am Donnerstag voriger Woche erlitt er auf einer Vortragsreise in Halle infolge Ausrutschens beim Aussteigen aus einer Droschke eine Verletzung am Knie. Bald darauf trat Blutvergiftung hinzu. Der Patient, der in Köln ist, mußte sich bereits dreimal einer Operation unterziehen.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie. Auch in den am Donnerstag geschlossenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Holzindustrie unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch ist es nicht zu einem Einvernehmen gekommen. Die Entscheidung darüber, ob Vergleich oder Kampf, wird für die nächste Woche erwartet.

Zeitungsstimmen.

Zur Kaiser-Geburtsstagsrede des Fürsten Lichnowsky schreibt der Londoner „Daily Graphic“:

Das Mißgeschick bringt nach dem englischen Sprichwort sonderbare Schlafkameraden zusammen, doch liegt nichts Widersinniges oder Schwieriges in dem engen und freundschaftlichen Zusammenwirken zweier so nah miteinander verwandten Nationen wie Deutschland und England. Obgleich die jüngsten Gefahren für den europäischen Frieden ohne Zweifel schwer ins Gewicht gefallen sind, um Downingstreet und die Wilhelmstraße zusammenzubringen, hoffen wir doch zuversichtlich, daß, auch wenn die gemeinsame Gefahr vorüber sein wird, die beiden Völker und ihre Regierungen sich dabei die Lehre geholt haben werden, wie notwendig und natürlich es für sie ist, Beziehungen des engsten Vertrauens auf dauernder Grundlage zu pflegen.

Über die Jesuitenpropaganda des Zentrums schreibt die konservativere „Badische Warte“:

Die Jesuitenpropaganda des Zentrums treibt mitunter seltsame Blüten. Kürzlich fand in Eingen a. S. eine Protestversammlung in Sachen des Jesuitengesetzes statt. Im Verichte der „Freien Stimme“ (Ztr.) über diese Veranstaltung ist u. a. zu lesen: „Die bezirksamtliche Anfrage wegen des Inhaltes des Vortrages war in ihrem Resultat so gut wie erfolglos, da Vater Streicher es verstand, ohne das Wort „Religion“ auch nur auszusprechen, den Zuhörern doch das beizubringen, was er beabsichtigte.“ Die „Freie Stimme“ will mit ihrem Eintreten für Zulassung der Jesuiten doch ernst genommen werden. Man könnte beinahe annehmen, daß es ihr nicht darum zu tun ist, ihr Ziel zu erreichen, denn

solche Auslassungen dienen nur dazu, den Widerstand gegen die Jesuiten zu vermehren. Die Leistung der „Freien Stimme“ steht auf derselben Höhe, wie die eines unterbadi- schen Zentrumsblattes, das meinte sagen zu müssen, man solle den Bestimmungen des Jesuitengesetzes keine Beachtung schenken.“

* Das nationalliberale „Heidelb. Tagebl.“ schreibt in Nr. 26 vom 31. Januar l. J.:

„Herr Müsch (dessen Reichstagsmandat bekanntlich für un- gültig erklärt wurde) war das einzige Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion, das vor den Hauptwahlen 1912 die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unter- zeichnete. Die Sozialdemokratie wird ja wohl bei der kommenden Nachwahl auf die Bedingung für ihre Wahlhilfe verzichten können. Trotzdem muß einmal ausgesprochen werden, daß es nicht der Würde eines Reichstagsabgeordneten ent- spricht, aber auch nicht dem Geiste der Reichsverfassung, sich sein Mandat durch schriftliche Versicherungen an eine fremde Partei zu verkaufen. Wir sind überzeugt, daß es die Sozial- demokratie unbedingt ablehnen würde, wenn man ihr ähnliche Bedingungen stellen wollte, etwa das Eintreten für Heeres- und Marinevorlagen. Die nationalliberale Partei sollte ihren Kandidaten die Annahme von derartigen Bedingungen ein- für allemal untersagen.“

* Ausland.

Haag, 6. Febr. Die Königin gedenkt demnächst einen längeren Aufenthalt im Lannus zu nehmen, um ihrem Gemahl Gesellschaft zu leisten. Für die Prinzessin Julia und ihre Gespielinnen ist bereits Quartier gemietet.

Paris, 6. Febr. Das Ertragnis der indirekten Steuern und Monopole ergab im Januar 33 637 000 Francs mehr als im Budget veranschlagt war.

Paris, 6. Febr. Nach einer Blättermeldung beauftragte die chinesische Regierung einen französischen Mi- litärlieger mit der Einrichtung des Flugwesens in der chi- nesischen Armee. In dem diesjährigen Militärbudget Chinas wurden die zur Anschaffung von 270 Flugzeugen erforderlichen Kredite eingestellt. Für die Jahre 1914, 1915 und 1916 wird der Ankauf von insgesamt 720 Flug- zeugen vorgeesehen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 7. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Finanzminister Dr. Rheinboldt zur Vortragserstattung.

** Die Badische Korrespondenz verbreitet folgende Mitteilung:

„Wie verlautet, wird die Abnahme der Maturitätsprüfun- gen an den badischen Mittelschulen in diesem Jahre im Hin- blick auf die Weltlage schon sehr bald stattfinden. Ein Ter- min hierfür ist noch nicht bestimmt. Die Thematika für die deutschen Aufsätze werden diesmal ausnahmsweise von der Schulbehörde vorgegeben; der betreffende Lehrer kann dann sein Thema auswählen.“

Die „Karlsruher Zeitung“ ist ermächtigt festzustellen, daß diese Notiz der „Badischen Korrespondenz“ unrich- tig ist. Die Abiturientenexamen werden in diesem Jahre genau zu derselben Zeit und genau in derselben Weise, wie sonst in anderen Jahren, stattfinden.

* Der „Freiburger Bot“ (Nr. 29 I. vom 5. Febr.) stellt in einem Leitartikel, der gegen unsere Kennzeich- nung der Polenpolitik des Zentrums polemisiert, fol- gende Behauptungen auf:

die „Karlsruher Zeitung“ habe der Agitation gegen die Reichsfinanzreform „seelenruhig zugehört“;
die „Karlsruher Zeitung“ habe keine Worte gegen den Großblock gefunden;
die „Karlsruher Zeitung“ habe keine scharfen Worte übrig gehabt gegen die Mehrheit, die die Münchner Gefandtschaft ablehnte.

Wir erklären, daß alle drei Behauptungen der Wahr- heit zuwiderlaufen. Die Redaktion des „Freiburger Boten“ wird wohl, um ihrer politischen Agitation die nötige historische Unterlage verschaffen zu können, die Jahr- gänge der „Karlsruher Zeitung“ gesammelt haben. Sie mag selbst in diesen Bänden nachschlagen und sich von der völligen Unrichtigkeit ihrer Behauptungen überzeugen.

Mannheim, 7. Febr. Der Aufsichtsrat der Badischen Bank hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der am 10. März d. J. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Di- vidende von 7 Prozent für das verfloßene Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringen.

oc. Oberharmersbach, 6. Febr. Bei dem 2. Wahlgang zur Bürgermeistereiwahl, für welche 4 Kandidaten aufgestellt waren, wurde der bisherige Bürgermeister L. Hg., der schon 18 Jahre an der Spitze der Gemeinde steht, gewählt.

oc. Burkheim a. N., 6. Febr. Anlässlich der Restauration der hiesigen Pfarrkirche wurden in dem unter dem Turm ein- gebauten spätgotischen sog. Frauenschloß alte Malereien aufgedeckt, welche etwa aus der Zeit 1500 stammen dürften. Der Großk. Konservator Prof. Dr. Sauer in Freiburg hat die Malereifunde einer Besichtigung und Prüfung unterzo- gen und für eine Restaurierung wert gefunden.

oc. Vom Oberrhein, 6. Febr. Die durch den Bau der Rheinbrücken in der Gegend von Böhlen der Fischerei- betrieb sehr zurückgegangen ist, worunter besonders die klei- nen Fischer leiden, haben die Kraftwerke laut „Freib. Ztg.“ beschlossen, den Fischern eine Entschädigung in der Gesamt- höhe von 300 000 M. zuzubilligen.

oc. Triberg, 6. Febr. Nach dem Vorschlag der Gemeinde Mehrbach konnte die Umlage für 1913 von 40 auf 32 Pf. her- abgesetzt werden.

oc. Weibshut, 6. Febr. Die Gemeindeversammlung stimmte dem Vorschlag für 1913 zu, nach welchem die Gemeinde-

umlagen von 70 auf 60 Pf. herabgesetzt werden. Der Ver- tritt zur Kraftwagen-Gesellschaft der Motorwagenverbin- dung Marx-Gerrichried wurde abgelehnt.

Aus der Residenz.

w. Beisehungsfeier für Oberst v. Fiebig. Heute Mittag fand in der hiesigen Friedhofskapelle die Trauerfeier für den am letzten Montag verstorbenen früheren Komman- deur des Artillerieregiments „Großherzog“ Nr. 11, Oberst a. D. Richard v. Fiebig unter zahlreicher Betei- ligung, besonders aus militärischen Kreisen statt. Im Auftrag des Großherzogs war Flügeladjutant Freiherr Seutter v. Löwen, als Vertreter der Großherzogin Gilda Freiherrin v. Ravensburg und als Vertreter des Prinzen Max von Baden dessen Adjutant Rittmeister Freiherr v. Radnitz erschienen.

Konzert Schramm-Oppermann. Am Samstag den 8. Fe- bruar, abends 8 Uhr, findet ein Klavier- u. Gesangskonzert des jugendlichen Pianisten Paul Schramm unter Mitwirkung der Dresdener Sopranistin Martha Oppermann statt. Über beide Künstler liegen günstige Kritiken vor.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Zur Königsberger Kaiserrede.

London, 7. Febr. Der „Daily Telegraph“ knüpft in einem Leitartikel an die Königsberger Rede des Kaisers über Nord von Wartenberg an. „Wir leben in England“, schreibt das Blatt, „und teilen die Begeisterung des Kai- sers für die großen Männer der Nation. Uns fehlt es keineswegs an Sympathien für die gebildeten und groß- artigen Charaktereigenschaften, die das Deutsche Reich haben gründen helfen. Man muß das von Zeit wieder- holen, da bei der täglichen Handelskonkurrenz die un- vermeidlichen Gegensätze deutlicher hervortreten, als die wirklichen, wenn auch latente Sympathien die Anger- jachen mit den Deutschen verbinden.“ Das Blatt fährt fort: „Glücklicherweise haben die Beziehungen zwischen Berlin und London heute eine befriedigendere Grund- lage, als zu irgend einer Zeit in den letzten 10—12 Jah- ren.“ Das Blatt erinnert an die neuliche Rede des Für- sten Radnitsky, deren Bedeutung nicht leicht übertrie- ben werden könne. Die Tripleentente arbeite kräftig seit an Seite mit dem Dreibund zusammen, während Deutsch- land und England sich freundschaftlich ihren Aufgaben widmen in der Sache des europäischen Friedens.

Köln, 7. Febr. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Addis Abeba: Der deutsche Geschäftsträger Dr. Becklin hat in feierlicher Audienz dem Thronfolger Bidisch-Jesaju ein Gegengeschenk Kaiser Wilhelms überreicht. Der Thron- folger drückte darüber seine lebhafteste Freude aus.

Berlin, 7. Febr. Prinz Eitel Friedrich von Preußen ist aus Bukarest 7 Uhr 45 Min. früh auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen.

Frankfurt, 7. Febr. Die Königin der Niederlande ist heute früh auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen und hat sich sofort im Automobil nach Hohe-Mark be- geben.

Berlin, 7. Febr. Die Budgetkommission setzte heute die Beratung des Marine-Etats fort, dabei gab der Staatssekretär des Auswärtigen über die auswärtige Lage Erklärungen ab. Er betonte, daß die Beziehungen zu den Mächten, namentlich auch zu England, gute seien, eine Erklärung, die mit Befriedigung aufgenommen wurde und die gestrigen Ausführungen des Staatsse- kretärs des Reichsmarineamts von Tirpitz bestätigt. Der Staatssekretär ging sodann auf die Ausführungen des englischen Marineministers vom März v. J. näher ein, daß ein Verhältnis von 10 zu 16 zwischen der deutschen und englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre ak- zeptabel sei und vertritt seinerseits den Standpunkt, daß auch er als Leiter seines Ressorts hiergegen keine- le Bedenken haben werde. Nach längerer Debatte, in der die Redner der einzelnen Parteien zu diesen Erklä- rungen Stellung nahmen, wurde der Gehalt des Staats- sekretärs in Beratung genommen.

Bremen, 7. Febr. Zu einer demonstrativen Begräbnis- feier für einen ertrunkenen Kameraden blieben ges- tern vormittag sämtliche 4000 Arbeiter der Schiffs- baugesellschaft Weser der Arbeit fern, meist ohne Erlaub- nis. Am Nachmittag nahm der größte Teil der Arbeit- er die Arbeit wieder auf.

Strasbourg, 7. Febr. Gegen den pensionierten Zahl- meister-Aspiranten Wolter, der durch seine gefährliche Depesche am Mittwoch die Garnison alarmierte, ist d. s. Verfahren wegen Urkundenfälschung eingeleitet worden und seine erste Vernehmung hat bereits stattgefunden. Wolter hatte inzwischen, „der Straßburger Post“ zu- folge, gestern nachmittag einen schweren Tobsuchtsan- fall und wurde insfolgedessen in die psychiatrische Klinik überwiesen.

Verschiedenes.

Aln, 6. Febr. Hier ist der Justizrat Leyenbender unter dem Verdachte verhaftet worden, 6 Millionen Mark unter- schlagen zu haben.

Die norwegische Zeitung „Aften Posten“ hat von Spitz- bergen ein Radiogramm erhalten, in dem es u. a. heißt: Kapitän Nitscher hält es nicht für unwahrscheinlich, daß Dr. Detmar und Dr. Moller nach dem Schiffe in der Treuren- bergbucht zurückgekehrt sind. Nitscher und seine Begleiter hätten längs der Westküste der Bildebucht mehrere Hütten mit zahlreichem Proviant gefunden. Zwei Norweger seien

freiwillig in der Bildebucht bei Dr. Nitscher, der mit seinem erkrankten Gliedmaßen die Reise nicht fortsetzen konnte, zu- rückgeblieben. Bei keinem Mitgliede der Expedition seien Anzeichen von Scharbath vorhanden. Bei Kapitän Nitscher mühten in den nächsten Tagen beide Fersen und mehrere Fehen amputiert werden. Sein Befinden sei sonst gut. Die Expedition werde am 20. Februar zurückkehren.

Industrie, Handel und Versicherungswesen.

Bei der Deutschen Militärdienst- und Lebens-Versiche- rungs-Anstalt a. G. in Hannover waren im Monat Januar 1913 zu erledigen: 1074 Anträge über M. 3 126 960.— Ver- sicherungs-Kapital, das sind rund M. 300 000.— mehr als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von Errichtung der Anstalt (1878) bis Ende Januar d. J. gingen ein 478 353 An- träge über M. 760 414 630.— Versicherungs-Kapital. Die Auszahlungen an Versicherungssumme, Prämienrückgewähr usw. im Jahre 1912 betragen ca. M. 14 000 000; die Gesamt- auszahlungen seit Bestehen der Anstalt ergeben rund Mark 158 000 000.— Der Hypothekenbestand betrug am Jahres- schluss rund M. 129 000 000.—

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 8. bis mit 17. Februar 1913. Im Hoftheater in Karlsruhe.

(Angegeben ist der Preis für Sperrstich I. Abteilung.)

Samstag, 8. Febr. Abt. C. 36. Ab.-Vorst. „Die Verchwü- rung des Fiesco zu Genua“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 9. Febr. Abt. A. 38. Ab.-Vorst. „Carmen“, große Oper in 4 Akten v. Bizet. Anfang 1/7 Uhr, Ende gegen 1/10 Uhr. (6 M.)

Montag, 10. Febr. Abt. C. 37. Ab.-Vorst. „Im weißen Rössl“, Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal und Kadelburg. Anfang 1/8 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr. (4 M.)

Dienstag, 11. Febr. Abt. B. 37. Ab.-Vorst. „Die Fieber- maus“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang 1/8 Uhr, Ende 1/11 Uhr. (4,50 M.)

Donnerstag, 13. Febr. 24. Vorst. auf. Ab. Zu Richard Wagner's Todestag: „Götterdämmerung“, in einem Vorspiel und 3 Akten von R. Wagner; Bühnenbild: Götliche Mische- Endorf a. G. Anfang 6 Uhr, Ende 11 Uhr. (6 M.)

Freitag, 14. Febr. Abt. C. 38. Ab.-Vorst. „Oberst Chabert“, Musiktragödie in 3 Akten von Walterhausen. Anfang 1/8 Uhr, Ende 1/10 Uhr. (4,50 M.)

Samstag, 15. Febr. Abt. B. 38. Ab.-Vorst. Zu Otto Lud- wig's 100. Geburtstag. Neueinstudiert: „Der Erbfolger“, Trauerspiel in 5 Akten von Otto Ludwig. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 16. Febr. Abt. B. 39. Ab.-Vorst. „Der Rosen- kavalier“, Komödie für Musik in 3 Akten von R. Strauß. Anfang 1/7 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr. (6 M.)

Montag, 17. Febr. Abt. A. 39. Ab.-Vorst. „Kolberg“, historisches Schauspiel v. Seyde. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr. (4 M.)

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 12. Febr. 20. Ab.-Vorst. Neueinstudiert: „Einem Zug will er sich machen“, Komödie mit Gesang in 4 Akten von Restroy. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Z.B.f.M.u.H. Schneebestimmungen. Der auf den Bergen liegende Schnee hat in den letzten 8 Tagen infolge der milden Bitterung abgenommen. Am Morgen des 6. Februar (Don- nerstag) lagen noch in Furlwangen 4, in Stetten a. I. M. 4, in Bollhaus 9, beim Feldberger Hof 100, in Titisee 32, in Neu- stadt 16, in Bondorf 15, in Eichenbach 45, in Gersbach 5, in Todtnauberg 35, in Heubronn 5, in Kniebis 21 und in Rastbrunn 15 cm. In Dürheim, Heiligenberg und Her- rentwies war keine geschlossene Decke mehr vorhanden.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro- logie vom 7. Februar 1913.

Die Depression bei Island hat sich noch vertieft, doch hat sie sich nicht weiter gegen das Festland zu ausgedehnt; hier hat sich vielmehr wieder hoher Druck festgesetzt, so daß es bei uns wieder aufgeklimmt hat. Da das Ortsbarometer nicht fällt, so scheint der hohe Druck, wenn auch vielleicht nur für kurze Zeit, Stand zu halten; es ist deshalb leicht bewölkt und untertag mildes Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 7. Februar, früh:

Lugano dunstig —1 Grad, Triest Regen 5 Grad, Florenz hebeft 8 Grad, Rom hebeft 11 Grad, Cagliari wolkenlos 11 Grad, Brindisi wolkig 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
6. Nachts 9 ⁰⁰ U.	756.8	7.5	6.3	82	SW	bedeckt
7. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	759.7	6.5	5.6	78	„	„
7. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	760.1	11.2	5.5	56	„	wolkenlos

Höchste Temperatur am 6. Februar: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 7. Februar, 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 7. Februar früh: Schuster- injel 1.62 m, gefallen 10 cm; Rehl 2.81 m, gefallen 13 cm; Magau 4.67 m, gefallen 9 cm; Mannheim 4.37 m, gefallen 19 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Wenn Sie Ihr Kind

gesund, munter und geistig frisch sich entwickeln sehen wollen, so geben Sie ihm Dr. Hommel's Haematogen. Warnung! Man verlange aus- drücklich den Namen Dr. Hommel.

„Café Museum“

5-Uhr-Tee | Eigene Konditorei.

Anerkannt vorzügliche Qualitäten **MIGNON-KAKAO** **DAVID SÖHNE A.G.**
SCHOKOLADE **HALLE a.S.**

Café-Restaurant „Hildenbrand“
Karlsruhe Waldstrasse 8

DOPPELSPATEN

GABRIEL SEDLMAYR
BRAUEREI ZUM SPATEN
MÜNCHEN

Elisabeth Hensel Wwe.

Moderne
Hochleistungs-Dampfkessel-Anlagen

DAMPFKESSELFABRIK vorm. Arthur Rodberg
AKTIEN-GESELLSCHAFT
DARMSTADT.

Möbelmagazin vereiniger Schreinermeister
Telephon 114 eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883
Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31

Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzelmöbel in allen Preislagen
Gediegenste Ausführung mit langjähriger Garantie

Eigene Polster- u. Dekorationswerkstätte — Besichtigung ohne Kaufzwang.

Gothaer Feuerversicherungsamt auf Gegenseitigkeit.
Im Jahre 1821 eröffnet.

Nach dem Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1912 beträgt der zur Verteilung kommende Überschuss:

74 Prozent

Der eingezahlten Prämien. E. 104

Die Mitglieder empfangen ihren Überschuss-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung oder des Versicherungsjahres durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 11 der Satzung bezeichneten Ausnahmefällen aber bar durch die unterzeichneten Agenturen:

Karlsruhe: R. Graebener, Rfm., Waldstraße 41, Fernsprecher Nr. 442.
Eggenstein: Leopold Ströhm, Bureau-Beamter in Karlsruhe, Kriegstraße 170.

Die Gewährleistung beim Tierhandel

nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuche. Gemeinverständlich für Nichtjuristen dargestellt von **F. Mainhard**, Großh. Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe. Preis 60 Pfg. Partierpreise für Vereine: 100—200 Exemplare je 45 Pfg., 200—400 je 40 Pfg., 400—1000 je 35 Pfg.

Gewährschaftsformular für den Viehhandel.

Unentbehrlich für jeden, auch den kleinsten Landwirt. Das einfache Ausfüllen des Formulars genügt, um gegen Heberbortelung und Schaden geschützt zu sein. Preis einzeln 3 Pfg., 100 Stück M. 2.50, 1000 Stück M. 22.50. 19.V

G. Braunische Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Eine Versicherungsgesellschaft
will für Baden
eine selbständige
General-Agentur

errichten. Sie reflektiert auf einen Herrn, der bereits eine größere Feuerversicherungsvertretung mit selbstgeschaffenem Bestande inne hatte oder eine solche noch verwaltet. Auch Hauptagenten und Agenten bietet sich also Gelegenheit, selbständig zu werden. Bewerber müssen in der Lage sein und sich verpflichten, auch außerhalb ihres Wohnorts insbesondere organisatorisch und auch akquisitorisch tätig zu sein. Höchste Bezüge werden gewährt. Daneben ein bestimmtes Einkommen garantiert. Ausführliche Offerten unter **B. K. 1109** an **Haasenstein & Vogler A.-G.**, Berlin W 8 erbeten.

Darlehen

werden an Beamte öffentlicher Behörden mit Mi. best. d. d. von M. 3500 unter günstigen Bedingungen ohne Vorauszahlung irgend welcher Spesen gewährt. Off. unter genauen Angaben unter **D. 935** an die Expedition dieses Blattes.

Ägypten-Schnelldienst
mit
Salon- und Reichspostdampfern
von
Venedig, Genua, Marseille oder Neapel

Direkte Eisenbahnverbindungen nach u. von dem Mittelmeer mit dem Lloyd-Misviera-Express u. dem Ägypten-Express.

Äbtere Kunst und Druckereien einseitig

Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine Vertretungen

In Karlsruhe:
Fr. Kern, Karlsruherstraße 22.
Pforzheim:
Franz Leppert, Leopoldstraße 1.
Baden-Baden:
W. Langguth, Langestr. 39.

Eilt! Garantiert!
15. Februar Ziehung der
Badischen 1 Mark-Geld-Lotterie
Geldgew. bar ohne Abzug
45 800 M.
Hauptgewinn
20 000 M.
127 Geldgewinne zus.
13 000 M.
3160 Geldgewinne zus.
12 800 M.

Losse à 1 M. (11. Lose 10 M., Porto und Liste 25 Pf. empfiehlt)

Lotterie-Unter:
J. Stürmer
Straßburg i. E., Langestr. 107

Bekanntmachung.

Den Schlachthof in Singen betr.

Die Stellen des Schlachthofverwalters und des Maschinenführers sind zu besetzen. Bewerber für die Stelle des Schlachthofverwalters müssen über praktische Erfahrungen im Schlachthofbetriebe verfügen. In Betracht kommen nur solche Bewerber, welche schon eine ähnliche Stelle versehen haben oder auf andere Weise sich die für diesen Posten nötigen Kenntnisse angeeignet haben. E. 113

Als Bewerber für den Posten des Maschinenführers kommen nur Maschinenisten oder Monteure in Betracht. Bevorzugt werden solche, die schon in Schlachthofbetrieben tätig waren.

Gehaltsfestsetzung u. Diensttritt erfolgt nach übereinstimmender Beurteilung der Bewerber. Bewerbungen sind unter Beifügung des Lebenslaufes, sowie etwaiger Dienstzeugnisse und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens den 28. Februar l. J. mittags 12 Uhr, beim Gemeinderat der Stadt Singen schriftlich einzureichen. Singen-Coblenzstr. den 5. Februar 1913. Der Gemeinderat. Thorbecke. DoL

Zu verkaufen.
Ab 1. Juli 1913 sind unsere beiden Häuser, Ettlingerstr. 59 u. Lauterbergstr. 2, direkt beim neuen Bahnhof, beizüglichen Hypothekenverhältnissen zu verkaufen oder die bez. Bureauumlage zu vermieten. Dieselben sind für Geschäftsräumlichkeiten aller Art, Restauration oder Bureau besonders geeignet. D. 343
Zentraloff. der bad. landw. Ein- u. Verkaufsgenossenschaft, Karlsruhe, Ettlingerstr. 59. Tel. 279.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit
3.570. Geibelberg. Über das Vermögen des Kolonialwarenhandlers Philipp Probst in Geibelberg ist heute am 6. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Der Waisenvater Bernhard Wellbrod in Geibelberg ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 23, anberaumt auf Freitag den 14. März 1913, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. März 1913 Anzeige zu machen.

Heidelberg, 6. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts III.**

3.573. Lahr. Über das Vermögen des Kaufmanns Otto Gempel in Lahr ist heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Herr Rechtskonsulent Weigert in Lahr ist zum Konkursverwalter bestellt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 23, anberaumt auf Freitag den 14. März 1913, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.573. Lahr. Über das Vermögen des Kaufmanns Otto Gempel in Lahr ist heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Herr Rechtskonsulent Weigert in Lahr ist zum Konkursverwalter bestellt.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 23, anberaumt auf Freitag den 14. März 1913, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

Verstorbene Bekanntmachungen.

Lieferung von Holzschmittwaren und Rundhölzer nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Angebote — Vorbrücke dazu mit Bedingungen usw. auf postfreie Anfrage von uns erhältlich — mit Aufschrift: „Verdingung von Holzschmittwaren und Rundhölzer am 25. Februar 1913“, spätestens bis Dienstag den 25. Februar 1913, nachmittags 3 Uhr, verschlossen und postfrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 3.567.2.1
Karlsruhe, 1. Febr. 1913.
Maschinen technisches Bureau der Gr. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Süddeutsche Del- und Fettwarenfabrik in Offenburg wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.
Offenburg, 1. Febr. 1913.
Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

3.577. Billingen. Über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Fürst in Billingen wurde heute am 5. Februar 1913, nachmittags 6 Uhr, auf Antrag eines Gläubigers das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.

Rechtsanwalt Bruder hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch den 5. März 1913, vormittags 8 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Billingen, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.570. Geibelberg. Über das Vermögen des Kolonialwarenhandlers Philipp Probst in Geibelberg ist heute am 6. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Der Waisenvater Bernhard Wellbrod in Geibelberg ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 23, anberaumt auf Freitag den 14. März 1913, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. März 1913 Anzeige zu machen.

Heidelberg, 6. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts III.**

3.578. Wolfsch. Über das Vermögen des Rädermeisters Max Benz in Wolfsch wurde heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtskonsulent Schäuble in Wolfsch ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist bestimmt auf

Donnerstag, 27. Febr. 1913, nachmittags 2.30 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, 3. April 1913, nachmittags 2.30 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.578. Wolfsch. Über das Vermögen des Rädermeisters Max Benz in Wolfsch wurde heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtskonsulent Schäuble in Wolfsch ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist bestimmt auf

Donnerstag, 27. Febr. 1913, nachmittags 2.30 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, 3. April 1913, nachmittags 2.30 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.578. Wolfsch. Über das Vermögen des Rädermeisters Max Benz in Wolfsch wurde heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtskonsulent Schäuble in Wolfsch ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist bestimmt auf

Donnerstag, 27. Febr. 1913, nachmittags 2.30 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, 3. April 1913, nachmittags 2.30 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.578. Wolfsch. Über das Vermögen des Rädermeisters Max Benz in Wolfsch wurde heute am 5. Februar 1913, nachmittags 2.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtskonsulent Schäuble in Wolfsch ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. März 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist bestimmt auf

Donnerstag, 27. Febr. 1913, nachmittags 2.30 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, 3. April 1913, nachmittags 2.30 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. Februar 1913 Anzeige zu machen.

Wolfsch, 5. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**